

# Einige Gedanken zur Arbeit mit den Jugendlichen an der Karl-Marx-Universität Das Jugendgesetz der DDR - ein Gesetz, mit dem auf die Jugend gesetzt wird!

## Student - schwer auffindbare Randfigur?

Von Uwe Fischer



An der Universität wird über vieles gesprochen. Über Forschungspläne, Wettbewerbsvorhaben, Seminarräume, Wohnheimatmosphäre, Schichtbetrieb, gesellschaftliche Arbeit, Mensaversorgung, präzierte Studienpläne, Bestandenförderung, Grundlagenstudium, Kulturwettbewerb, Prüfungen und und und. Aber es wird nicht nur gesprochen, sondern auch entschieden und realisiert. Von der Partei, dem Jugendverband, Sektionsdirektoren, Wohnheimleitern, Lehrkollektiven, Forschungsriten. ....

Auf den ersten Blick, ein Mosaik, das kein vernünftiges Bild abgibt. Es ordnet sich erst zu einem erkennbaren Gebilde, wählt man den richtigen Bezugspunkt. Und der kann nur heißen: Student. Mit anderen Worten: eine „Hauptproduktionslinie“ der Universität ist die Ausbildung und Erziehung hochqualifizierter sozialistischer Absolventen, die nicht nur mit dem leichten Handgepäck für die Lösung der Tagesaufgaben versehen sind, sondern mit allem verfügbaren Wissen für die Reise in das Morgen ausgerüstet sind. Gerät dieser Auftrag, den die Arbeiterklasse und ihre Partei der Universität gestellt haben, aus dem Blickfeld, kann das Mosaik zum Vexierbild werden und der Student nur eine schwer auffindbare Randfigur.

Deshalb widmet die Partei der Intensivierung der Ausbildung, ihrer Qualifizierung eine Aufmerksamkeit, die nicht nur an die verantwortlichen Leitungen, gerade im Vorfeld der IX Parteitagung, erhöhte Anforderungen stellt. Schlüsselrolle der Funktionsträger der SED-Kreisleitung wie „Mehr Raum für Schaffertum der Studenten in Lehre“, „Praktika - immanenter Bestandteil der Ausbildung“ oder „Lehrveranstaltungen sind Hauptfeld der Erziehung“ unterstreichen das. Und alle

Parteilösungen, wie überhaupt alle Genossen sind gut beraten, wenn sie in Vorbereitung der Parteivahlen, bei der Aufstellung ihrer Arbeitsprogramme auf jenes Material (UZ Nr. 29 vom 19. 9.) zurückgreifen.

An der Universität gibt es auch viel Papier. Zu den in diesem Zusammenhang hilfreichen Arbeitsmaterialien für die Parteileitung gehört unbedingt jenes Gesetz, in dem in 59 Paragraphen „über die Teilnahme der Jugend an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und über ihre allseitige Förderung“ befunden wird. Es sollte zum Leistungsstil der Parteileitungen gehören, seine Realisierung durch die staatliche Leitung im eigenen Verantwortungsbereich zu kontrollieren (vor allem die Paragraphen 22/23). Gleichzeitig gilt es zu überprüfen, wie der zentrale Jugendförderungsplan der KMU (der sich wohlwollend von seinen Vorgängern unterscheidet) durch entsprechende Maßnahmenkataloge der Einrichtung präzisiert und ins Studentenleben umgesetzt wird. Es soll ja noch Sektionen geben, wo ein solcher Katalog noch nicht einmal zu Papier gebracht wurde.

Daß sinnvoll beschriebene Papier zu sinn- und effektvollen Initiativen und Veränderungen anregt, dafür tragen die Parteiorganisationen, Partigruppen, dafür trägt jeder Genosse ein gerüttelt Maß Verantwortung.

Das große Reservoir der jungen Kandidaten und Mitglieder dafür mehr zu nutzen, ihren jugendlichen Elan in diese Bahnen zu lenken, dafür müssen die Leitungen tragfähige Konzeptionen entwickeln, um somit einen Beitrag zur Stärkung der Kampfkraft der Parteiorganisation an der KMU zu leisten.

Kürzlich kam ich mit einem jungen Mann ins Gespräch, der obwohl noch Lehrling, an einem Forschungsvorhaben mitgearbeitet hatte, dessen Ergebnis nun auf der Bezirksmesse der Meister von Morgen der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Er ist nun mit Recht stolz auf seine Leistungen, die von seinen älteren und erfahreneren Kollegen anerkannt und gewürdigt wurden. Im nächsten Jahr geht er mit dem Facharbeiterbrief in der Tasche in die sozialistische Praxis und wird vor neue Bewährungssituationen gestellt werden. Er geht mit den besten Voraussetzungen, meine ich, denn mit ihm wurde bereits in der Lehrzeit gut und erfolgreich gearbeitet.

Warum schreibe ich das eigentlich? Einfach darum, weil wir noch nicht immer die richtigen Wege finden.

Schließlich sind die Leistungen der Lehrlinge die Visitenkarte auch für ihre Ausbilder. Daß dieser Wettbewerb in der Vergangenheit ein recht stiefmütterliches Dasein an unserer Universität führte, liegt wohl in erster Linie daran, daß ihm von den Verantwortlichen nicht der richtige Stellenwert zugeordnet wurde, daß man nicht genügend politisch-ideologisch mit den Lehrausbildern arbeitete. Wie sonst sollte man sich solche Bemerkungen erklären, wie sie von Lehrausbildern aus dem Bereich Zentrale Leistungsorgane gemacht wurden, daß der Berufswettbewerb eine zusätzliche Belastung sei? Wichtig ist meines Erachtens vor allem, daß jetzt von den Verantwortlichen - staatliche Leitung, Universitätsgewerkschaftsleitung und

## Potjomkinsche Dörfer und das Motiv echter Leistungen

Von Helmut Roson



Ein Teil der Freizeitstunden der vergangenen Tage war wieder mal dem Studium gewidmet, Referate hier und Beschlüsse da. Zugegeben, alles richtig und notwendig. Und aktuell, nicht nur das Heute, sondern auch das Morgen betreffend. Dennoch fesselt mich auch noch anderes, u. a. ein Krimi. In diesem las ich einen doch recht bemerkenswerten Satz: „Der Mensch, der sich vom lebendigen Kreislauf seiner zwischenmenschlichen und gesellschaftlichen Beziehungen abtrennt, leidet den toten Strombahnen des Adernsystems: er verodet und wird verodet.“ An sich recht logisch, nicht wahr? Aber ausgerechnet ein Krimi? Und ausgerechnet dies Zitat im Zusammenhang mit dem Arbeiterjugendkongreß, gar noch mit der Plenartagung des ZK der SED? Diesen Zusammenhang etwa noch als einen ursächlichen konstruieren, sei gesagt, beinahe makaber? Und das in einer Zeit, die allerorten von einer Vielzahl und Vielfalt von Initiativen gekennzeichnet ist? Alles richtig und alles wahr. Dennoch, gerade deshalb hat sich dieser Satz bei mir festgehakt. Warum?

diese Einheit qualifiziert und fördert unser tägliches Handeln, macht es zu tatsächlich echten Initiativen.

Seien wir mal ganz ehrlich - ist das bei uns an der Uni wirklich überall und jedem sonnenklar? Gleicht nicht noch so manches Jugendobjekt - z. B. das der Zentralmensa - eher einem Potjomkinschen Dorf? Gibt es andererseits manch Jugendobjekt noch gar nicht - z. B. in der Betriebstechnik - weil diese Klarheit des Motivs nicht oder nicht genügend vorhanden ist?

Es ist doch nun mal so, daß alles, was unsere Hände tun, zuallererst durch unseren Kopf muß. Also politisch-ideologische Arbeit. Und die darf kein leeres Wortgeplausel sein, die muß überzeugend überzeugen und verständlich machen, daß all das, was wir tun, heißt es nun Initiative oder Aktivität, letztlich immer auch aus selbst zugute kommt. Das gilt für die Wissenschaftler, die Studenten ebenso wie für die jungen Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge.

Initiativen, die es auch in den Kollektiven und FDJ-Gruppen der KMU in Hülle und Fülle gibt, sind eine gute, ja sogar eine sehr gute Sache. Keiner, der halbwegs ernst genommen werden will, würde das bestreiten. Nun aber, so meine ich, sind auch FDJ-Initiativen in der Parteitagungsvorbereitung nur eine Seite der Medaille, wenn auch unbestritten die attraktivere. Die andere aber ist nicht unwichtig, im Gegenteil - die Motivation all dessen ist gemeint. Es geht nicht an, der Initiative um ihrer selbst willen nachzuströmen und weitenfremd das Wort zu reden. Es geht ganz schlicht um das Warum, den Zweck, den Nutzen. Das aber macht eine Identifikation nötig. Die nicht hoch genug zu bewerten ist: Die Einheit der gesellschaftlichen und persönlichen Interessen. Gerade

## Berufswettbewerb - eine zusätzliche Belastung?

Von Gudrun Schauß



den Initiativreichtum der Jugendlichen aufzugreifen, zu fördern und auszunutzen. Damit will ich nicht jenen das Wort reden, die noch mehr Möglichkeiten verlangen, in denen die Erfahrungen und die Tatkraft der jungen Arbeiter einfließen können, sondern es geht einfach darum, die zahlreich vorhandenen Möglichkeiten mehr und besser auszunutzen.

Ich denke beispielsweise an den Berufswettbewerb der Lehrlinge. Richtig und Ideenreich geführt, bietet er viele Möglichkeiten die Initiativen, die Aktivität der Jugendlichen zu fördern und zu fördern. Doch was stellt dieser Berufswettbewerb in der Vergangenheit an unserer Universität dar? Er war herabgewürdigt zu einem formalen Akt, in dem nur Erfülltes und Nichterfülltes registriert und abgehakt wurden. Er war nicht das, was er eigentlich sein sollte: eine Plattform des echten, ständigen Leistungsvergleiches, des gesunden Wettstreits zwischen den Lehrlingen - und auch zwischen den Lehrausbildern und -kollektiven,

FDJ-Kreisleitung - auf Anregung der Partei neue Maßnahmen zur Führung dieses Berufswettbewerbs erarbeitet werden. Kriterien, die meßbar wirksam werden. Ein erster Schritt zum Leistungsvergleich der jungen Lehrlinge den ihm gebührenden Platz einzuräumen, unternehmen die Kollegen der Abteilung Finanzökonomie des Bereiches ZLO, die die Führung des Wettbewerbs als einen Planbestandteil betrachten. Das ist ein Punkt, an dem angesetzt werden kann. Geht es doch bei der Führung des Wettstreits um nicht mehr und nicht weniger als um die Herausbildung solch wichtiger Charaktereigenschaften wie die sozialistische Einstellung zur Arbeit, Eigenüberzeugung, Verantwortungsbewußtsein für das Ganze, sozialistisches Patriotismus und professionellen Internationalismus. Deshalb werden Universitätsgewerkschaftsleitung und FDJ-Kreisleitung künftig noch enger zusammenarbeiten, damit schließlich unter dem Strich mehr herauskommt als nur ein guter Facharbeiter.

Mit dem am 19. Juni 1975 von der Volkskammer beschlossenen Zivilgesetzbuch (ZGB) wurde ein direkter Auftrag des VIII. Parteitages der SED zur weiteren Vervollkommnung unserer sozialistischen Rechtsordnung erfüllt. Das ZGB ordnet sich ein in die Reihe bedeutender Gesetzeswerke, die nach dem VIII. Parteitag erarbeitet und in Kraft gesetzt worden sind, um die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung weiter zu festigen. Mit dem Inkrafttreten des ZGB am 1. Januar 1976 wird zugleich das aus der kapitalistischen Periode überkommene BGB aufgehoben, das bisher große Teile des Zivilrechtes umfaßte. Diese Tatsache hat grundsätzliche rechtspolitische Bedeutung.

Das ZGB regelt die Rechtsstellung der Bürger und Betriebe im Zivilrecht sowie die Prinzipien ihres Zusammenwirkens, das sozialistische Eigentum und das persönliche Eigentum der Bürger, Verträge zur Gestaltung des materiellen und kulturellen Lebens, die Nutzung von Grundstücken und Gebäuden zum Wohnen und zur Erholung, den Schutz des Lebens, der Gesundheit und des Eigentums vor Schädigungen sowie das Erbrecht.

Im Mittelpunkt des auf den politischen und ökonomischen Grundlagen unserer sozialistischen Gesellschaft beruhenden ZGB stehen die gesellschaftlichen Beziehungen im Bereich der Versorgung der Bürger mit Wohnraum, Waren und



Dienstleistungen. Entsprechend ihrer Bedeutung für die Gestaltung der Lebensverhältnisse der Bürger werden die wichtigsten Versorgungsbeziehungen in Form von Verträgen geregelt. Die Regelung dieser gesellschaftlichen Beziehungen im ZGB macht seinen untrennbaren Zusammenhang mit der auf dem VIII. Parteitag formulierten Hauptaufgabe sowie seine soziale Funktion sichtbar. Es hat dazu beigetragen, daß die Politik unseres Staates zur kontinuierlichen Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bürger und ihrer Entfaltung zu allseitig gebildeten sozialistischen Persönlichkeiten durchgesetzt wird.

Ausgehend von dieser rechtspolitischen Zielsetzung des ZGB werden in den §§ 2 bis 4 seine grundlegenden Aufgaben genannt:

## Vereinfacht und eindeutig - das Zivilgesetzbuch der DDR

Von Dr. Hartwig Krüger, Sektion Rechtswissenschaften

beiterklasse geprägten Grundsätze der sozialistischen Moral im Verhalten und Handeln der Bürger sowie in ihren Beziehungen untereinander und mit Betrieben durchzusetzen. Es ist darauf gerichtet, die Übereinstimmung die individuellen und kollektiven Interessen mit den gesellschaftlichen Erfordernissen zu sichern.

- In seinem Wirkungsbereich hat das ZGB dazu beigetragen, daß das Leistungsprinzip als grundlegender Verteilungsmaßstab der sozialistischen Gesellschaft durchgesetzt wird. Dabei macht es den Zusammenhang zwischen der Mehrung des sozialistischen Eigentums durch die Werktätigen in der Produktion und ihrem Leben in materieller und sozialer Sicherheit deutlich. Es gewährleistet durch seine Rechtsnormen, daß die Bürger ihren zunächst in Form von Lohn oder Gehalt vorhandenen Anteil an gesellschaftlichen Konsumtionsfonds in Waren, Dienstleistungen und andere Gebrauchswerte umwandeln können, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Die Vorschriften über die reale Erfüllung der Verträge sowie die Regelung über die materielle Verantwortlichkeit bei Qualitätsverletzungen sind Instrumente des Zi-

vilrechtes zur Einhaltung und zum Schutz des Leistungsprinzips.

- Das ZGB schützt das sozialistische Eigentum, die Persönlichkeit und das persönliche Eigentum der Bürger. Bürger und Betrieb werden durch seine Normen verpflichtet, sich gegenüber dem Leben und der Gesundheit der Bürger, dem gesellschaftlichen Eigentum und dem persönlichen Eigentum verantwortungsbewußt zu verhalten, Rechtsverletzungen vorzubeugen sowie Schäden und Gefahren von Bürgern und Betrieben abzuwenden. Es schützt somit grundlegende gesellschaftliche Beziehungen.

- Ein Grundanliegen des ZGB ist es, in allen Bereichen seines Wirkens die Entfaltung der sozialistischen Demokratie zu sichern. Im Einklang mit dem verfassungsmäßig garantierten Grundrecht der Bürger auf Mitbestimmung und Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens fördert es die individuelle und kollektive Mitwirkung der Bürger bei der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen. Durch konkrete Rechte und Pflichten bei der individuellen Nutzung gesellschaftlicher Fonds in den Bereichen der Kultur, des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, bei der Woh-

nungsmiete, bei den Dienstleistungen sowie bei der Nutzung von Grundstücken und Gebäuden zum Wohnen und zur Erholung wird der Bürger an die Gestaltung seiner eigenen Lebensbedingungen herangeführt und so befähigt, zugleich die gesellschaftlichen Verhältnisse mitzugestalten. Für die kollektive Mitwirkung der Bürger sind die Organisationsformen der Kundenbeiräte und Verkaufsstellenausschüsse sowie die Mietergemeinschaften in den Wohngebieten vorgesehen. In diesen Rechtsformen sollen die Bürger stärker als bisher Einfluß auf die Gestaltung ihres materiellen und kulturellen Lebens nehmen. Diese Organisationsformen werden mit der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Das ZGB ist demnach ein Instrument des sozialistischen Staates zur planmäßigen Entwicklung und Gestaltung sozialistischer gesellschaftlicher Verhältnisse. Es verbindet die zentrale staatliche Leitung und Planung im Bereich der Versorgung mit dem eigenverantwortlichen Handeln der Betriebe und Bürger. Durch seine gegenüber dem derzeitigen Rechtszustand vereinfachte, eindeutige und übersichtliche Regelung der Rechte und Pflichten der Betriebe und Bürger erweitert es deren Möglichkeiten zur eigenverantwortlichen Gestaltung ihrer gegenseitigen zivilrechtlichen Beziehungen. Somit trägt es zur weiteren Erhöhung der Rechtssicherheit auf dem Gebiet des Zivilrechtes bei.

Im Hinblick auf die Verwirklichung des ZGB haben besonders die staatlichen Organe bedeutsame Aufgaben zu erfüllen. In Wahrnehmung ihrer Verantwortung haben sie auf der Grundlage der staatlichen Pläne die erforderlichen Maßnahmen und Entscheidungen zu treffen, um die Lebensbedingungen der Bürger schrittweise zu verbessern. Das gilt insbesondere für die Versorgung mit Wohnraum, Konsumgütern und Dienstleistungen, für ein vielfältiges kulturelles Leben sowie die Möglichkeiten für die Erholung und die Gestaltung der Freizeit. Ihre Entscheidungen bilden die Grundlage für die Tätigkeit der Betriebe zur Versorgung der Bürger.

Das ZGB kann aus sich heraus keine Veränderungen und Verbesserungen in unserem Leben herbeiführen, sondern diese sind stets das Ergebnis eines bewußten Handelns der Betriebskollektive und Bürger. Die Produktions-, Dienstleistungs- und Handelsbetriebe sowie die Betriebe der Gebäudewirtschaft tragen als Partner der Bürger in den Versorgungsbeziehungen deshalb eine hohe Verantwortung für seine Durchsetzung im täglichen Leben. Die Entfaltung einer Atmosphäre des Ringens um die Erfüllung der Anforderungen und Maßstäbe, die das ZGB an ihre Tätigkeit stellt, wird nicht nur das Niveau der Bedürfnisbefriedigung heben, sondern zugleich die Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten und sozialistischer gesellschaftlicher Beziehungen fördern.